

Beschl.-Nr. 5

STADT LANDSHUT

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Verwaltungssenats vom 19.07.2017

Betreff: Videoüberwachung im Bereich des Bahnhofs;
hier: Beantragung eines Zuschusses des Freistaats Bayern
- Antrag der FW-Fraktion vom 23.05.2017, Nr. 533

Referentin: I. V. Oberrechtsrätin Claudia Kerschbaumer

Von den 10 Mitgliedern waren 9 anwesend.

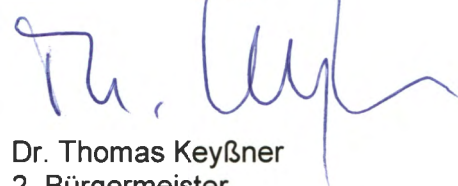
In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag der Referentin

mit 8 gegen 1 Stimmen beschlossen:

1. Vom Bericht der Referentin, dass die rechtlichen Voraussetzungen für Videoüberwachungsmaßnahmen im öffentlichen Bereich des Bahnhofs, insbesondere im Bereich des Treppenübergangs zur Flutmulde, nicht vorliegen, wird Kenntnis genommen.
Es wird zudem davon Kenntnis genommen und begrüßt, dass in Umsetzung des Verwaltungssenatsbeschlusses vom 22.03.2017 am 10.08.2017 ein Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister der Stadt und Vertretern der Deutschen Bahn stattfinden wird. Der Oberbürgermeister wird gebeten, im Rahmen des Gesprächs die unterschiedliche Einschätzung der Sicherheitslage am Bahnhof seitens der Polizei und der Bundespolizei anzusprechen.
2. Die Stadtwerke werden gebeten, die Frage einer weitergehenden Videoüberwachung im Bereich der Bushaltestellen und Fahrzeuge zu prüfen und gegebenenfalls Zuschüsse dafür zu erwirken.
3. Dem Antrag auf Erwirkung eines Zuschusses „für Verkehrsbetriebe und Infrastrukturunternehmen zur Beschaffung von Videoüberwachungsanlagen im ÖPNV und SPNV“ zum Zwecke der Videoüberwachung des Bahnhofsbereichs, insbesondere im Bereich des Treppenübergangs zur Flutmulde, wird nicht zugestimmt.

Landshut, den 19.07.2017

STADT LANDSHUT



Dr. Thomas Keyßner
2. Bürgermeister